



HESSISCHER LANDTAG

28. 02. 2012

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP

**betreffend Landesregierung setzt sich erfolgreich für Menschen mit
Behinderung auf dem Arbeitsmarkt ein**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass Hessen mit einer Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderung in der Landesverwaltung in Höhe von 7,86 v.H. bundesweit an der Spitze liegt. Auch im öffentlichen Dienst liegt die Beschäftigungsquote mit 7 v.H. sehr hoch. In der Privatwirtschaft ist der Anteil von 4 v.H. allerdings noch ausbaufähig.
2. Der Landtag stellt außerdem fest, dass vor allem die Teilhabe am Arbeitsleben ein wichtiger Schritt bei der Integration von Menschen mit Behinderung darstellt. Daher ist das hessische Schwerbehindertenprogramm, durch das in 2012 insgesamt 15,4 Mio. € in die Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben investiert wird, von enormer Bedeutung.
3. Der Landtag begrüßt die "Initiative Inklusion", die von der Landesregierung nachhaltig umgesetzt wird. Hierdurch werden die Chancen von Menschen mit Behinderung auf dem Arbeitsmarkt spürbar gestärkt.
4. Der Landtag begrüßt außerdem, dass durch das Engagement der Landesregierung zur Umsetzung der "Initiative Inklusion" die Berufsorientierung, betriebliche Ausbildung Jugendlicher sowie Arbeitsplätze für ältere schwerbehinderte Menschen noch stärker in den Fokus gerückt werden. Bereits mit dem ersten Teil der Initiative zur Berufsorientierung können die Interessen und Potenziale der jungen Menschen durch Beratung, Erprobung und Begleitung entdeckt werden.
5. Der Landtag stellt fest, dass die Landesregierung die UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung nachhaltig unterstützt. Die neue Initiative ist ein weiterer Schritt zur Umsetzung. Hessen ist das einzige Bundesland mit einer eigenen Stabsstelle zur Umsetzung dieser Konvention. Gemeinsam mit den Verbänden von Menschen mit Behinderungen und der Zivilgesellschaft hat die Stabsstelle einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention erarbeitet, der die Richtschnur der Landesregierung der Politik von und für Menschen mit Behinderung darstellen wird.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 28. Februar 2012

Für die Fraktion der CDU
Der Parl. Geschäftsführer:
Bellino

Für die Fraktion der FDP
Der Fraktionsvorsitzende:
Rentsch